

Holger Fischer

Schlaglichter zur Sozialgeschichte der Studierenden in Hamburg 1919 bis 2020

zum 100-jährigen Jubiläum des
Studierendenwerks Hamburg

Herausgeber: Studierendenwerk Hamburg



STUDIARENDEWERK
HAMBURG

Dein Anker seit 1922 –
Support für Studierende

Vorwort

Jürgen Allemeyer, Geschäftsführer Studierendenwerk Hamburg



Jürgen Allemeyer

Geschäftsführer Studierendenwerk Hamburg

Am 12. April 1922 schließen sich Professoren, Kaufleute und Studierende zusammen und gründen die Hamburger Studentenhilfe. Heute blickt das Studierendenwerk zurück auf eine hundertjährige Entwicklung – von der Selbsthilfe zu einem hochschulübergreifenden professionellen Dienstleistungsunternehmen, gewachsen mit den sich verändernden gesellschaftlichen Rahmenbedingungen und Bedarfen der Studierenden. Ein ganzheitliches Angebot wurde geschaffen, das Studierende in vielfältigen Lebenslagen unterstützt. Jungen Menschen soll unabhängig von ihrer sozialen Herkunft, ihrem Geschlecht oder ihrer Nationalität das Studieren ermöglicht werden. Das Studierendenwerk leistet hier einen Beitrag zur Bildungsgerechtigkeit und Chancengleichheit.

Mein Dank gilt an dieser Stelle Prof. Dr. Holger Fischer für den gelungenen Beitrag und seine Unterstützung bei der Aufarbeitung der 100-jährigen Geschichte des Studierendenwerks Hamburg. Die Schlaglichter zur Sozialgeschichte der Hamburger Studierenden geben

einen Einblick in die zentralen demographischen, sozialen und ökonomischen Entwicklungen und verdeutlichen, dass bezahlbarer Wohnraum und die Finanzierung des Studiums sich wie ein roter Faden durch die Geschichte ziehen. Aber auch die Frage der Finanzierung des Studierendenwerks zur Absicherung bezahlbaren Wohnens und Essens für Studierende ist immer wieder zentral, denn ein Ausgleich sozialer Ungleichheit kostet Geld, das die Gesellschaft bereit sein muss auszugeben, wenn sie wirklich soziale Gerechtigkeit auch in der Bildung will.

Die Öffnung der Hochschulen und der stetige Ausbau des Studienangebots haben in der Vergangenheit und auch heute noch zu einer sozialen Öffnung beigetragen. Die Zahl der Hamburger Studierenden ist in dem betrachteten Zeitraum von rund 1.700 auf über 73.000 im Jahr 2022 gestiegen. Der Anteil derer, die auf eine elternunabhängige Form der finanziellen Förderung angewiesen sind, steigt. Zu Beginn gibt es eine Darlehenskasse, die in den 50er Jahren vom Honnefer

Modell und in den 70ern vom BAföG, beides staatliche Finanzierungsangebote, abgelöst wird. Trotz dieser Unterstützungsmöglichkeiten ist ein Großteil der Hamburger Studierenden auf zusätzliche Einnahmequellen angewiesen, um sich ein Studium am verhältnismäßig teuren Standort Hamburg finanzieren zu können. Der Bedarf nach einem Ausbau der elternunabhängigen Förderung, die den stetig steigenden Ausgaben gerecht wird, steigt. Denn Studieren darf nicht am Geld scheitern.

Mit der steigenden Zahl der Studierenden, der sozialen Öffnung der Hochschulen und der zunehmenden Internationalisierung nimmt auch die Nachfrage nach bezahlbarem Wohnraum zu. In den 20ern wohnt ein Großteil der Studierenden noch bei den Eltern. Es gibt ein Ledigenwohnheim mit gerade einmal 120 Plätzen. Im Wintersemester 2021/2022 bietet das Studierendenwerk Hamburg in seinen 26 Wohnanlagen rund 4.400 Studierenden aus 106 Nationen ein Dach über dem Kopf. Die Nachfrage übersteigt weiterhin das Angebot. Es gilt weiteren bezahlbaren Wohnraum zu schaffen. Das Studierendenwerk hält an der Schaffung von 2.000 Plätzen bis 2030 laut Masterplan fest. Eine Umsetzung wird aber nicht ohne einen deutlichen Ausbau der staatlichen Förderung gehen. Bestandsbauten werden saniert und ausgebaut, neue Wohnanlagen errichtet, um auch den steigenden Anforderungen gerecht zu werden.

Neben den konkreten Dienstleistungen liegt uns auch vor dem Hintergrund unserer Geschichte im Nationalsozialismus sehr daran, gesellschaftliche Werte unserer Demokratie zu vermitteln und uns immer wieder für demokratisches Engagement, Vielfalt, soziale Gerechtigkeit und gegen Rassismus und Diskriminierung einzusetzen.

Gemeinsam mit der Freien und Hansestadt Hamburg sorgt das Studierendenwerk Hamburg dafür, dass Hamburg ein attraktiver Hochschul- und Wirtschaftsstandort ist und bleibt.

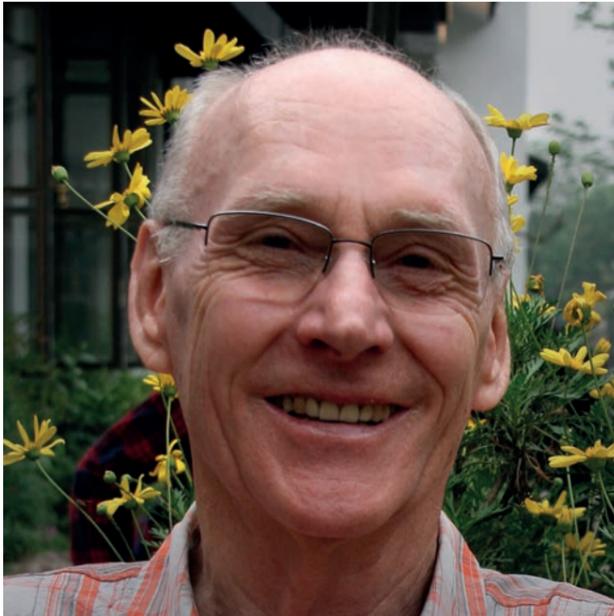
Nach zweieinhalb Jahren Pandemie, dem andauernden russischen Angriffskrieg in der Ukraine und den damit verbundenen zunehmenden Herausforderungen für Studierende ist es dem Studierendenwerk umso wichtiger – gemeinsam mit und unterstützt von der Stadt Hamburg – seinen Beitrag zu leisten – wie auch in den vergangenen 100 Jahren – damit Studieren gelingt.

Jetzt wünsche ich Ihnen viel Spaß bei der Lektüre der „Schlaglichter zur Sozialgeschichte der Studierenden in Hamburg 1919 bis 2020“ von Prof. Dr. Holger Fischer.

Ihr Jürgen Allemeyer
(Geschäftsführer des Studierendenwerks Hamburg)

Vorwort

Holger Fischer



Prof. Dr. Holger Fischer

„Service für Studierende“, „...damit Studieren gelingt!“, „Studieren zu ermöglichen und zu sichern – das ist unser Auftrag!“, „Dein Anker seit 1922 – Support für Studierende“ – mit diesen Mottos umschrieb das Studierendenwerk Hamburg in den vergangenen Jahrzehnten seinen Auftrag. Auch wenn sich die Mottos in Nuancen unterscheiden, drückt sich in diesen die Kernaufgabe des Studierendenwerks aus, mit einem vielfältigen Leistungsspektrum für die Studierenden da zu sein und sie sozial, gesundheitlich, wirtschaftlich und kulturell zu betreuen und zu fördern. Es leistet damit einen unverzichtbaren substantiellen Beitrag zum Studium.

Bei seiner Gründung vor 100 Jahren resultierte diese Aufgabenstellung aus einer bitteren sozialen und ökonomischen Notlage der Studierenden. Auch heute manifestiert sich hierin eine Reaktion auf die Erkenntnis,

dass ein Studium unter sozialen und ökonomischen Rahmenbedingungen stattfindet, die durch höchst unterschiedliche Ausgangsbedingungen für den einzelnen Studierenden gekennzeichnet sind. Die unterschiedlichen Ausgangsbedingungen sind Folge des im Kern nach wie vor gültigen sozialpolitischen Grundprinzips, wonach eine Primärverpflichtung der Familie zur Unterstützung des Studierenden besteht und auch der Studierende selbst eine Pflicht zur Selbstversorgung hat und somit die Gesellschaft lediglich die Aufgabe übernimmt, ihn subsidiär zu unterstützen.

Wir wissen heute viel über die (hochschul-)politische Geschichte der Hamburger Studierenden, aber wenig über sie selbst. In dem in dieser Broschüre veröffentlichten Beitrag wird ein erster Versuch unternommen, Antworten auf vielfältige Fragen zu geben, in deren Mittelpunkt stets die Studierenden stehen. Wer waren

die Studierenden, denen die Leistungen des Studierendenwerks zugute kommen sollten, und wie haben sie sich in den hundert Jahren verändert? Gab es demographische Faktoren wie Alter, Geschlecht, Familienstand und Kinderzahl, die sie in den verschiedenen historischen Perioden charakterisierten? Über welche Vorbildung verfügten die Studierenden? Wie war ihre soziale Herkunft geprägt? Was waren die vorherrschenden Wohnformen, in denen sie lebten? Über welche ökonomischen Mittel verfügten die Studierenden, und wer stellte sie zur Verfügung?

Aus den – vorläufigen – Antworten wird sehr klar deutlich, dass die heutigen Studierenden in einer Traditionslinie sozialer Herkunft stehen. Zugleich befinden sie sich in einer besseren ökonomischen Situation als ihre Kommilitonen in der ersten Hälfte der hier betrachteten hundert Jahre. Dies darf aber nicht

darüber hinweg täuschen, dass sie sich immer noch in einer hundertjährigen Tradition prekärer Lebensverhältnisse befinden und gezwungen sind, vielfältige, häufig das Studium beeinträchtigende Aktivitäten zu deren Verbesserung zu unternehmen.

Dem Studierendenwerk Hamburg gebührt großer Dank, mit der Veröffentlichung dieser Broschüre auf die sozialen Probleme der Hamburger Studierenden in Geschichte und Gegenwart hinzuweisen. Diese sozialen Probleme sind auch gegenwärtig noch derart gravierend, dass eine Fortsetzung der Tätigkeit des Studierendenwerks in der hundertjährigen Tradition von existenzieller Bedeutung für die Studierenden ist.

Holger Fischer



Holger Fischer

Schlaglichter zur Sozialgeschichte der Studierenden in Hamburg 1919 bis 2020

Hundert Jahre Tätigkeit des Hamburger Studierendenwerks zur sozialen, gesundheitlichen, wirtschaftlichen und kulturellen Betreuung und Förderung der Studierenden legen es nahe, sich auch mit der sozialen Situation des Klientels des Studierendenwerks, also mit den Studierenden, eingehend zu beschäftigen. Im Vergleich zur politischen Geschichte der Studierenden ist deren Sozialgeschichte bisher nur ansatzweise erforscht, zudem beschränken sich die Beiträge auf begrenzte Zeiträume. Methodisch stützen sich die Arbeiten vor allem auf Befragungen von Zeitzeugen und empirischen Erhebungen.

Im Folgenden soll der Versuch unternommen werden, auf der Basis von ausschließlich empirischen Quellenkategorien eine Reihe von demographischen, sozialen und ökonomischen Aspekten, die für eine Beschreibung der Sozialstruktur der Studierenden in Hamburg konstituierend sind, auch über den langen Zeitraum eines gesamten Jahrhunderts zu verfolgen.¹ Herangezogen wurden veröffentlichte und unveröffentlichte amtliche Statistiken, die unter sozialgeschichtlicher Fragestellung ihren größten Umfang in den 1920er Jahren und in den ersten 10 bis 15 Jahren nach dem Ende der NS-Diktatur aufweisen, dagegen während der Zeit des Nationalsozialismus und dann ab den 1960er Jahren zunehmend weniger Informationsgehalt bieten. Zugleich verändern sie sich zu einer zusammenfassenden Darstellung der wenigen Daten auf einer immer höheren Aggregationsebene, die eine Interpretation auf der Ebene einer Hochschule praktisch nicht mehr erlaubt. Insofern treten an die Stelle der amtlichen Statistiken die seit 1951 veröffentlichten bisher 21 Sozialerhebungen des Deutschen Studierendenwerks e.V. Diese weisen in den betrachteten Bereichen insgesamt zwar eine hohe Kontinuität auf, zeigen aber unter der leitenden Fragestellung, Entwicklungen über einen längeren Zeitraum zu verfolgen, dennoch einige bedauernde Mängel, die eine derartige Betrachtung erheblich erschweren. Zum einen ist es ein mehrfacher Wechsel der Erhebungsmethodik, zum anderen sind es Änderungen an

¹ Ich danke Herrn Matthias Voit und Frau Mirijam Wenzel vom Studierendenwerk Hamburg für die tatkräftige Unterstützung bei der Anfertigung dieses Beitrags.

einzelnen Fragestellungen, an der Skalierung von Daten und an der textlichen Darstellungsform. Die daraus resultierenden Probleme werden nur teilweise durch die Bereitstellung von auf Hamburg bezogenen Sonderauswertungen gelöst.

Hinsichtlich ihrer Studierendenzahl ist die Entwicklung der Hamburger Universität bis auf wenige Einbrüche durch ein stetiges starkes Wachstum gekennzeichnet, von 1.729 Studierenden im SS 1919 auf 43.506 im WS 2019/20. Die Gründe für die drei Einbrüche sind unterschiedlicher Natur. Zur Zeit der Weimarer Republik waren es mit der Inflation und der Weltwirtschaftskrise insbesondere wirtschaftliche Gründe, die junge Menschen vom Studium abhielten und für einen relativ kurzen Zeitraum eine Reduktion der Studierendenzahl um 56,4 Prozent verursachten. In den 1930er Jahren waren es ideologisch motivierte Maßnahmen wie Begrenzung und Reduzierung der Aufnahmezahlen sowie Einführung von Arbeitsdienst und Wehrpflicht sowie die Einberufungen zum Kriegsdienst, die zu einem starken Rückgang um 56,7 Prozent führten. Der dritte Einbruch im Wachstum der Universität fand zwischen Mitte der 1990er Jahre und zweiter Hälfte der 2000er Jahre statt. Diesmal waren es seitens der Politik auferlegte Sparmaßnahmen, die eine erhebliche Reduzierung des wissenschaftlichen Personals und damit verbunden einen Rückgang der Studienanfängerplätze und eine Verschärfung des Numerus clausus verursachten. Die Studierendenzahl ging um 18,3 Prozent zurück.

Der Anteil der weiblichen Studierenden nahm kontinuierlich zu von 12,3 Prozent im SS 1919 auf gegenwärtig 56,0 Prozent. Der Frauenanteil war stets deutlich höher als im Reichs- bzw. Bundesdurchschnitt. Auch in den drei Phasen des Einbruchs der Studierendenzahlen wuchs der Anteil der Frauen mit der einzigen Ausnahme in den ersten Jahren des „Dritten Reiches“. Hier war das Frauenstudium einem besonders starken ideologischen Druck ausgesetzt, zudem trug die Ausgliederung der Volksschullehrerausbildung aus der Universität im Wintersemester 1936/37 im starken Maße zum Rückgang bei.

Abbildung 1: Zahl der Studierenden und Anteil der Studentinnen 1919 - 1960

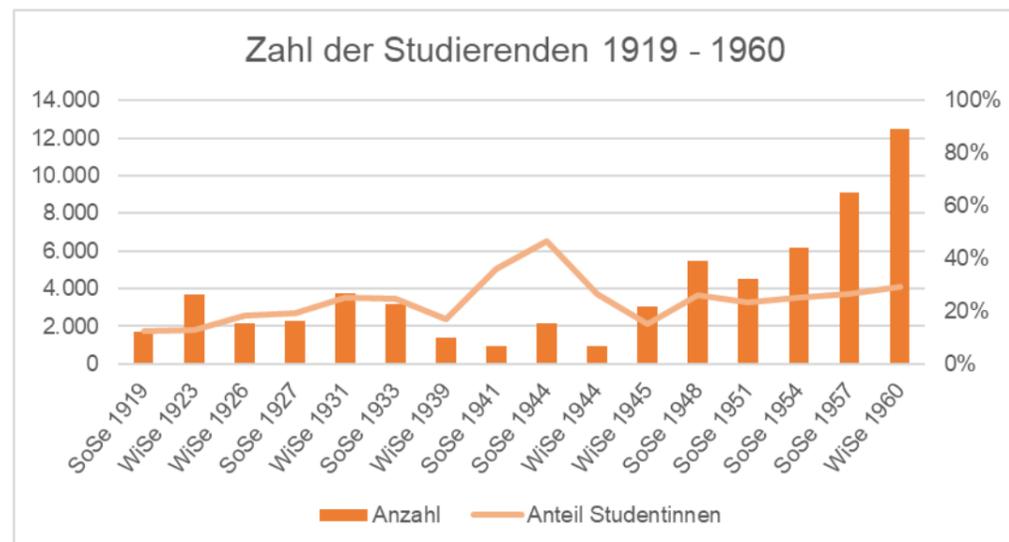
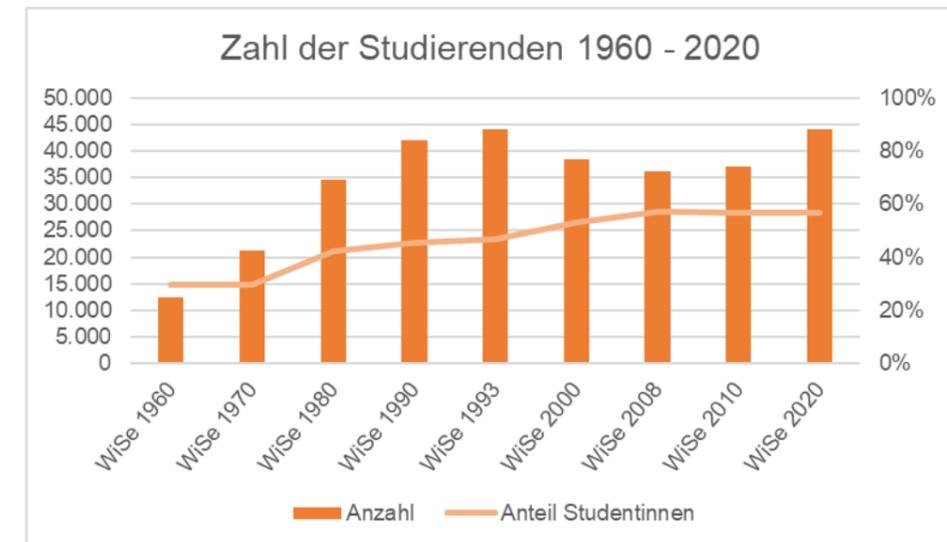
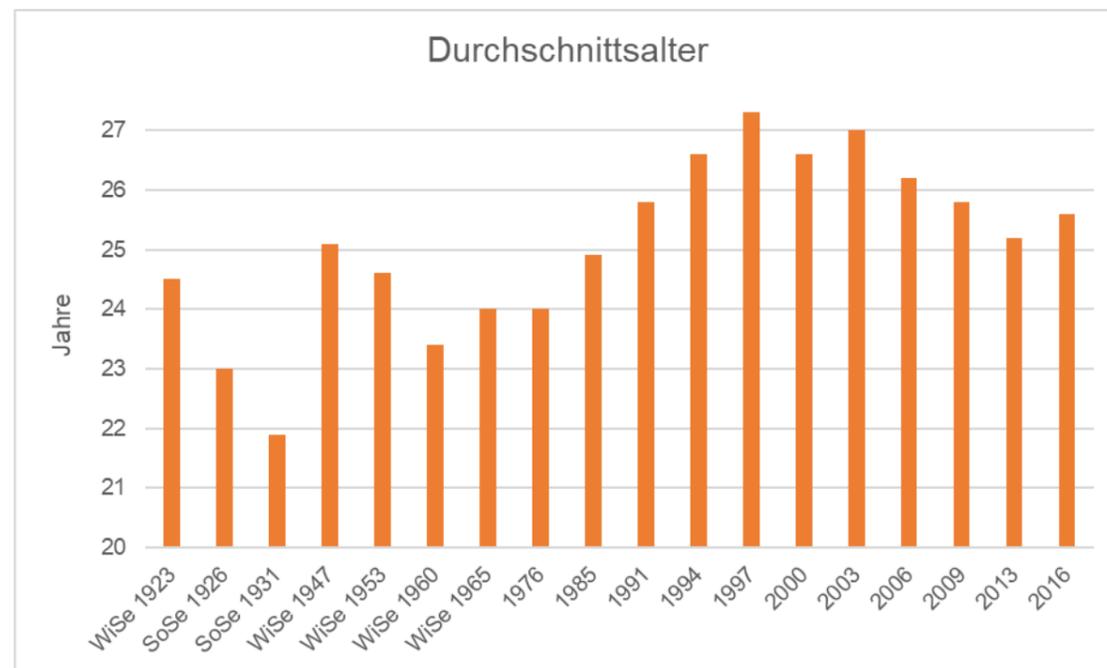


Abbildung 2: Zahl der Studierenden und Anteil der Studentinnen 1960 - 2020



Das Durchschnittsalter der Studierenden bzw. die Anteile einzelner Alterskohorten waren, soweit sie sich überhaupt ermitteln lassen, besonders stark äußeren Einflüssen ausgesetzt. In den ersten Jahren nach dem Ersten Weltkrieg lag das Durchschnittsalter bei 24,5 Jahren verursacht dadurch, dass viele Studierende infolge des Wehrdienstes am Studium gehindert wurden und dieses erst jetzt mit mehreren Jahren Verzögerung aufnehmen konnten. Das Durchschnittsalter nahm erwartungsgemäß im Laufe der 1920er Jahre deutlich ab und betrug im SS 1931 21,9 Jahre. Für die Zeit des „Dritten Reiches“ stehen keine Daten zur Verfügung. Es kann aber davon ausgegangen werden, dass infolge des dem Studium vorgeschalteten Arbeitsdienstes und der Wehrpflicht das Alter der Studienanfänger um bis zu 2,5 Jahren anstieg und damit natürlich auch das Durchschnittsalter der Gesamtmenge aller Studierenden. In den Jahren nach Ende des Zweiten Weltkriegs bestand eine mit 1919 vergleichbare Situation. Die Kriegsteilnehmer bildeten das Gros der Studierenden, sie trieben das Durchschnittsalter auf 25,1 Jahre im WS 1947/48. Es reduzierte sich nur sehr langsam, da in den 1950er Jahren zahlreiche Spätheimkehrer und Flüchtlinge aus der SBZ das Studium aufnahmen. Im WS 1959/60 betrug es immer noch 23,4 Jahre. In den folgenden Jahrzehnten stieg das Durchschnittsalter sogar wieder an und erreichte 1991 einen Wert von 25,8 Jahren und 1997 das Maximum von 27,3 Jahren. Mit der Einführung des Bachelor-/Mastersystems 2005 fiel das Durchschnittsalter auf Werte um die 25 Jahre. Damit waren die Hamburger Studierenden seit den 1960er Jahren durchschnittlich um ein bis zwei Jahre älter als ihre Kommilitonen im Bundesdurchschnitt. Die Gründe für diese Entwicklung sind vielfältig: längere Verweildauer an der Universität (Langzeitstudierende), größere Anzahl von Studierenden mit vorangegangener abgeschlossener Berufsausbildung, mehr Studierende mit Kindern, mehr Studierende im Promotionsstudium und im Zweitstudium, mehr Studienfachwechsler, mehr Studienunterbrechungen, höhere Erwerbstätigkeit.

Abbildung 3: Durchschnittsalter



Informationen über Familienstand und Zahl der Kinder wurden erst seit Wiedereröffnung der Universität nach der NS-Diktatur erhoben. In den 25 Jahren davor dürfte es vermutlich eine absolute Ausnahmescheinung gewesen sein, wenn ein Student oder eine Studentin bereits verheiratet war oder gar ein Kind zu versorgen hatte. Eine derartige Ausnahmesituation bestand nach der Wiedereröffnung der Universität 1945: Analog zum hohen Durchschnittsalter und zum großen Anteil ehemaliger Soldaten waren im WS 1947/48 bereits 15,9 Prozent der Studierenden verheiratet, bei den Männern sogar 19,7 Prozent, und unter den Studentinnen waren etwa vier Prozent bereits verwitwet. Zudem hatten bereits 11,1 Prozent ein oder mehrere Kinder. In den 1950er Jahren nahmen alle drei Werte deutlich ab. Der Anteil der Verheirateten fiel auf 8,1 Prozent, der Anteil der Verwitweten auf 0,1 Prozent und der Anteil der Studierenden mit Kindern auf etwa sechs Prozent. Bei allen drei Indikatoren lagen die Hamburger Zahlen deutlich über dem Bundesdurchschnitt, bei den Verheirateten anfänglich um sieben Prozentpunkte und Ende der 1950er Jahre immer noch um zwei Prozentpunkte. In den folgenden Jahren wies die Entwicklung des Familienstands eine Besonderheit auf. Der Anteil der verheirateten Studierenden stieg in der zweiten Hälfte der 1960er Jahre und in der ersten Hälfte der 1970er Jahre sehr stark an und erreichte 1976 einen Wert von 19,7 Prozent, um dann ebenso schnell wieder auf rund sieben Prozent 1991 zu fallen. Der Anteil der Studierenden mit Kindern betrug in diesem Zeitraum zwischen sieben und acht Prozent. Wieder waren beide Merkmale in Hamburg häufiger vertreten als im Bundesdurchschnitt. Auch in den drei Jahrzehnten seit Anfang der 1990er Jahre unterlag der Familienstand einigen Schwankungen. Er stieg zunächst auf Werte zwischen acht und zehn Prozent an, fiel dann ab 2006 erneut und stabilisierte sich auf einen Wert etwas über sieben Prozent. Der Anteil der Studierenden mit Kindern lag in den Jahren nach 1991 zwischen acht

und neun Prozent. Auch in den letzten drei Jahrzehnten waren die Hamburger Studierenden um bis zu zwei Prozentpunkte häufiger verheiratet und hatten ebenfalls um bis zu zwei Prozentpunkte häufiger eigene Kinder.

Bei der Betrachtung der schulischen Vorbildung, also der Art der Hochschulzugangsberechtigung, fällt zunächst die große Vielfalt der Schultypen auf, auf denen Schüler ein Abitur erlangen konnten. Über die gesamten 100 Jahre betrachtet, gelangten immer zwischen 80 und 90 Prozent der Studierenden mit einem Abitur auf die Universität, die anderen über spezifische Prüfungsnachweise oder andere als äquivalent betrachtete Vorbildungen und Abschlüsse. Die größte Offenheit im Zugang bestand in der Weimarer Zeit vor Integration der Volksschullehrerausbildung in die Universität 1927. Bis zu 25 Prozent der Studienanfänger besaßen kein Reifezeugnis, von diesen wiederum fast Dreiviertel den Abschluss eines Lehrerseminars. Allerdings fiel dieser Wert nach Integration der Volksschullehrerausbildung sehr schnell auf etwa drei Prozent.

Bemerkenswert ist auch die schwindende Bedeutung des klassischen Gymnasiums, einer Domäne der männlichen Studierenden. Anfänglich betrug der Anteil der Studierenden mit diesem Abschluss gut 20 Prozent und sank dann auf unter 14 Prozent im SS 1933. Im „Dritten Reich“ verlief die Entwicklung wieder gegenläufig. Der Anteil der Absolventen des klassischen Gymnasiums stieg um drei Prozentpunkte auf 17 Prozent, der Anteil ohne Reifeprüfung fiel auf knapp über ein Prozent. Diese Zahlen deuten eine Umkehr der vor allem zu Beginn der Weimarer Zeit zu beobachtenden sozialen Öffnung an.

Nach dem „Dritten Reich“ traten keine grundlegenden Änderungen hinsichtlich der schulischen Vorbildung ein. Es gab weiterhin zahlreiche Schulformen, deren Bezeichnungen und Formen sich zwar änderten aber gleichwohl mit dem Abitur abschlossen, und zahlreiche Abschlüsse des Zweiten Bildungsweges, die als äquivalent anerkannt wurden. Bemerkenswert für die Entwicklung seit den späten 1960er Jahren ist der wachsende Anteil von Studierenden, die vor Aufnahme des Studiums bereits eine Berufsausbildung absolviert oder eine berufliche Tätigkeit ausgeübt hatten. 1976 betrug dieser Anteil bereits 26,5 Prozent und stieg weiter auf 36,7 Prozent 1991, verringerte sich dann aber wieder langsam auf 25,2 Prozent im Jahr 2016. Damit liegt der Wert jeweils um mindestens fünf Prozentpunkte über den bundesdeutschen Durchschnitt. Auffällig ist dabei auch, dass im zunehmenden Maße die Berufsausbildung erst nach dem Erwerb der Hochschulreife stattgefunden hat, inzwischen sind es deutlich über 50 Prozent dieser Gruppe. Parallel zu dieser Entwicklung verlief auch die Entwicklung des Zeitraums zwischen Abitur und Aufnahme des Studiums. Dieser stieg auf 20 Monate 1991 und sogar 22,4 Monate 1994 und fiel dann wieder langsam auf 18 Monate 2009 und 14 Monate im Jahr 2013. Die Übergangszeit war damit um rund ein halbes Jahr länger als im Bundesdurchschnitt.

Daten zu besonderen Studierendengruppen, die durch bestimmte gemeinsame Merkmale charakterisiert werden, wurden nur in der Phase zwischen Wiedereröffnung der Universität zum WS 1945/46 und den 1960er Jahren erhoben – allerdings

auch nur lückenhaft. Weder vorher noch danach gab es in der amtlichen Statistik oder in den Sozialerhebungen offensichtlich eine Veranlassung, sich mit derartigen Gruppen zu beschäftigen. Für die hier aufgeführten zwei Jahrzehnte aber liegen die Gründe auf der Hand. Nach dem Zusammenbruch 1945 war die wirtschaftliche und soziale Lage der Gesellschaft derart katastrophal und durcheinandergerüttelt, dass das bis dahin geltende Grundprinzip der Studienfinanzierung durch die Eltern für einen Großteil der Studierenden nicht mehr praktiziert werden konnte und diese Studierenden auf finanzielle Unterstützung seitens der Gesellschaft angewiesen waren. Es handelte sich um Flüchtlinge und Heimatvertriebene, Spätheimkehrer, Kriegsversehrte, Kriegswaisen und später dann Flüchtlinge aus der SBZ. Viele von ihnen wiesen mehrere Merkmale zugleich auf. Bis Anfang der 1950er Jahre betrug der Anteil all dieser Gruppen zusammen nahezu 50 Prozent der Studierenden. Im WS 1947/48 waren gut 25 Prozent kriegsversehrt, knapp 20 Prozent besaßen den Status eines Flüchtlings bzw. Heimatvertriebenen und rund 20 Prozent waren Waisen. Im Laufe der 1950er Jahre gingen diese Zahlen bis auf die Zahl der Flüchtlinge stark zurück. Zu Beginn der 1960er Jahre erhielten nur noch rund neun Prozent, am Ende der 1960er Jahre nur noch etwa zwei Prozent der Studierenden eine der für diese Kategorien vorgesehenen spezifischen Renten oder Zuwendungen.

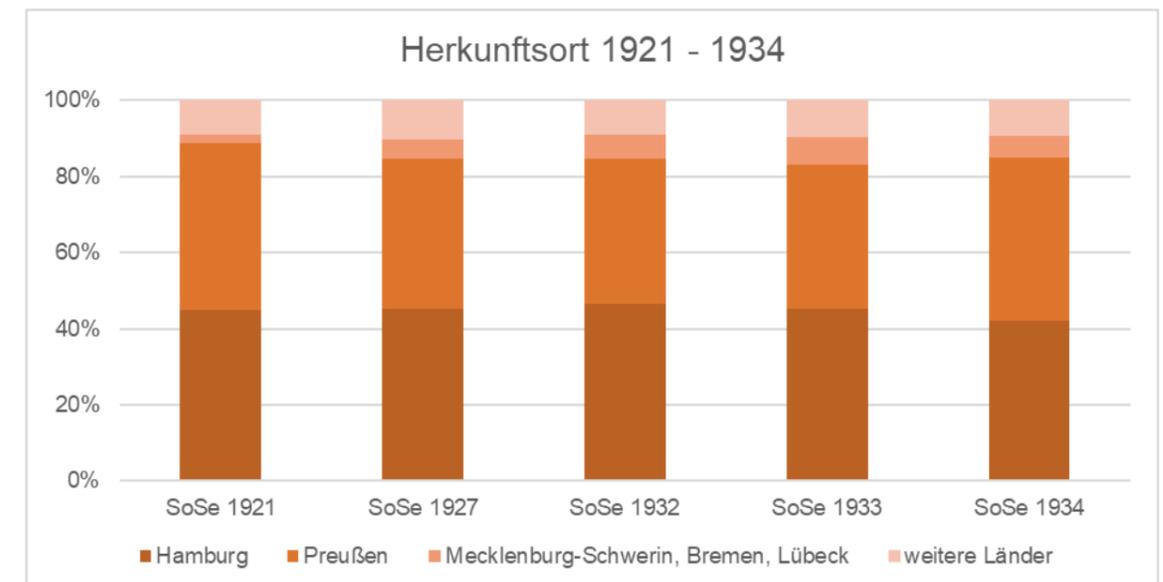
Eine völlig separate, in der Forschung über die Universität Hamburg bisher nicht beachtete Gruppe bildeten die sogenannten „Displaced Persons“ (DPs). Bei ihnen handelte es sich um Personen aus dem Ausland, die während des Krieges als Inhaftierte, Zwangsarbeiter oder Kriegsgefangene oder aber als Flüchtlinge vor den sowjetischen Truppen nach Deutschland gekommen waren und nach Kriegsende aus unterschiedlichen Gründen nicht mehr in ihre alte Heimat zurückkehren konnten oder wollten. Sie stammten ganz überwiegend aus den baltischen Ländern, Polen und der Ukraine. Die höchste Zahl wurde mit 271 Studierenden im SS 1947 registriert, die letzte bekannte Zahl betrug 50 im WS 1949/50. Außer diesen Gesamtzahlen, Herkunftsländern, Geschlecht und Aufteilung auf die Fakultäten bzw. Studienfächer sind keine weiteren Daten bekannt.

Daten zur gesundheitlichen Situation der Studierenden gerieten erst seit den 1970er Jahren in das Blickfeld der Sozialerhebungen, nachdem bis dahin lediglich Ende der 1940er, Anfang der 1950er Jahre eine Reihe von empirischen Studien aus dem Datenmaterial der medizinischen Pflichtuntersuchungen angefertigt worden waren. Diese Studien verdeutlichen eindringlich die aus der Mangelerkrankung und der wachsenden zusätzlichen Arbeitsbelastung durch Erwerbstätigkeit resultierenden gesundheitlichen Probleme. Im Mittelpunkt der in den Sozialerhebungen ermittelten gesundheitlichen Beeinträchtigungen standen insbesondere solche psychosozialer Art. Die Gesamtzahl der gesundheitlich beeinträchtigten Studierenden schwankte zwar – auch bedingt durch Änderungen in der Fragestellung – um die 15 Prozent aller Studierenden, lag aber immer deutlich über dem Bundesdurchschnitt. Seit der Jahrtausendwende ist der Anteil weiter angestiegen. Von den Studierenden mit gesundheitlichen Beeinträchtigungen wiederum bildete die Gruppe, die eine psychische Erkrankung angab, die größte Teilmenge. Seit der ersten Erhebung 1973 wurde bis 1991

eine derartige Erkrankung von etwa 11 Prozent angeführt, fiel dann in den 1990er Jahren auf rund sieben Prozent, um danach wieder stark anzusteigen. In den 2000er Jahren schoss der Anteil über 16 Prozent 2006 und 36,5 Prozent 2013 auf 55 Prozent im Jahr 2016 in die Höhe. Allerdings relativieren sich die letztgenannten Werte, weil in diesen Jahren im Gegensatz zu früher in der Sozialerhebung eine Mehrfachnennung von Erkrankungen möglich war. Der Anteil der psychisch erkrankten Studierenden lag ebenfalls regelmäßig über dem Bundesdurchschnitt, erst in den 2010er Jahren setzte eine Annäherung ein.

Die Daten über den Herkunftsort der Studierenden, also über den Ort, an dem sie ihre Hochschulzugangsberechtigung erworben haben, zeigen, dass sie von Beginn an ganz überwiegend aus Hamburg und den unmittelbar angrenzenden preußischen, später schleswig-holsteinischen und niedersächsischen Randgemeinden kamen. Der Anteil der Studierenden aus diesem lokalen und engeren regionalen Einzugsbereich lag in der Regel zwischen 60 bis 70 Prozent, weitere rund 20 Prozent kamen aus den entfernter liegenden Teilen der umliegenden Länder sowie aus Städten wie Bremen und dem bis 1937 selbständigen Lübeck. Der Anteil der Studierenden aus den anderen Regionen Deutschlands bewegte sich zwischen 10 und knapp 20 Prozent.

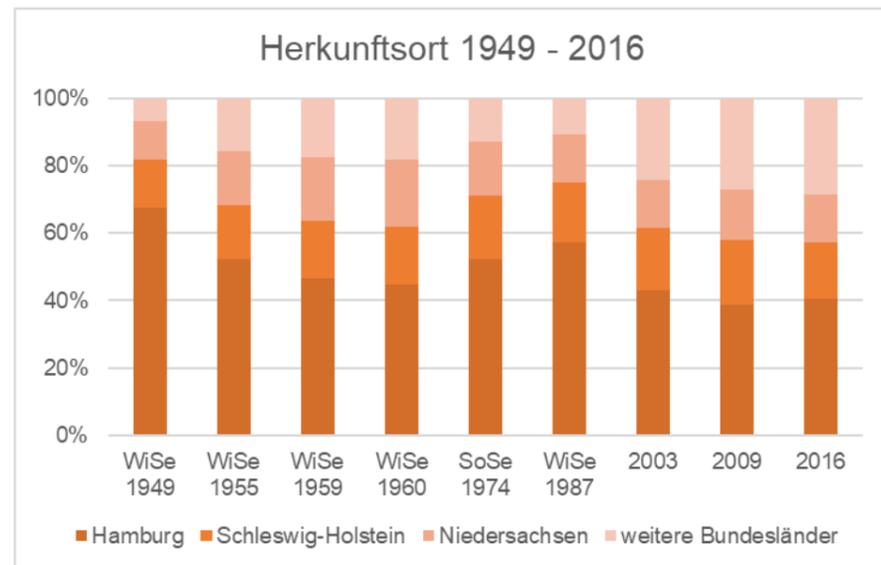
Abbildung 4: Herkunftsort 1921 - 1934



Nennenswerte Abweichungen von diesen Werten gab es in den unmittelbaren Nachkriegsjahren, in denen der Anteil aus Hamburg und den Randgemeinden rund 80 Prozent betrug, und dann in den 1960er Jahren, als insbesondere der Anteil der Studierenden direkt aus Hamburg auf einen Tiefstwert von 43 Prozent im WS 1969/70 sank. Eine weitere Abweichung von der generellen Verteilung setzte mit der Einführung des Bachelor-/Mastersystems Mitte der 2000er Jahre ein. Der Anteil der Studierenden aus Hamburg ging auf einen Wert um 40 Prozent zurück, damit schrumpfte der Anteil aus dem lokalen und regionalen Einzugsbereich auf geschätzt 50 bis 55

Prozent, während gleichzeitig der Anteil der Studierenden aus den anderen Bundesländern auf knapp unter 30 Prozent anstieg. Bis Ende der 1960er Jahre gab es auch geschlechtsspezifische Daten, aus denen sich klar ergibt, dass weibliche Studierende prozentual in einem größeren Ausmaß in ihrem Heimatort Hamburg und Umgebung verblieben und hier studierten als ihre männlichen Kommilitonen.

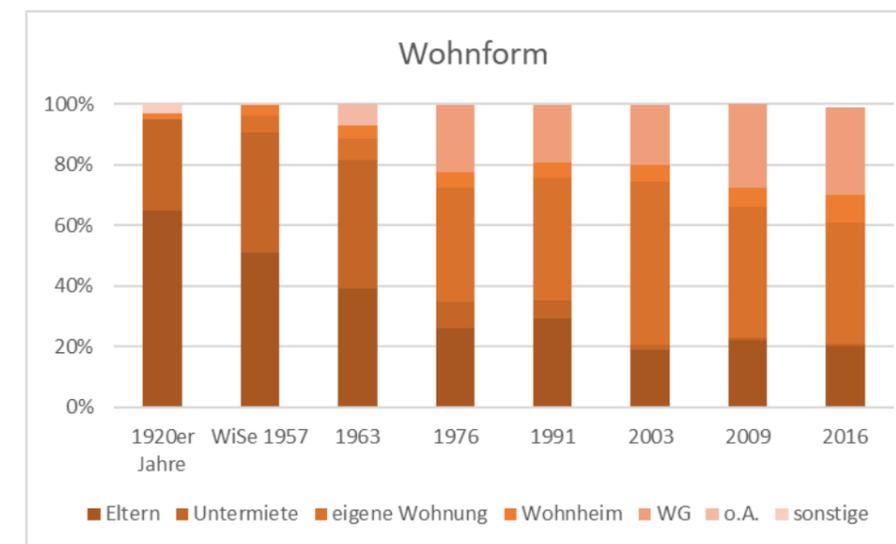
Abbildung 5: Herkunftsort 1949 - 2016



Die Wohnform der Studierenden war bis in die 1960er Jahre hinein durch eine hohe Stabilität der traditionellen Struktur gekennzeichnet, die durch den im deutschen Maßstab großen Anteil der Studierenden aus der Stadt und der umliegenden Region geprägt wurde, denn die ortsansässigen Studierenden wohnten nahezu ausschließlich bei ihren Eltern. Insofern wohnten bereits in den 1920er Jahren etwa 65 Prozent bei ihren Eltern, rund 30 Prozent zur Untermiete und lediglich ein verschwindend kleiner Anteil von wenigen Prozent in dem einzigen Studentenwohnheim. In den 1950er Jahren reduzierte sich langsam der Anteil der Kategorie „Elternwohner“ auf Werte knapp unter 50 Prozent, während der Anteil der Untermieter auf deutlich über 40 Prozent anstieg. Das Wohnheim spielte mangels Angebot weiterhin eine völlig untergeordnete Rolle; am Ende der 1950er Jahre gab es zum ersten Mal Studierende in einer Größenordnung von rund fünf Prozent, die in einer eigenen Wohnung lebten. In den 1960er Jahren setzte ein grundlegender Wandel der Wohnform ein. Der Anteil der Elternwohner reduzierte sich deutlich und fiel bis Ende der 1970er Jahre auf einen Wert um die 25 Prozent. Noch stärker verringerte sich der Anteil der zur Untermiete wohnenden Studierenden, er fiel von 42 Prozent 1963 auf 16 Prozent 1973 und sechs Prozent im Jahr 1979, dann stagnierte er auf dieser Höhe. Umgekehrt verlief die Entwicklung bei den Studierenden, die in einer eigenen Wohnung lebten. Ihr Anteil stieg von sieben Prozent 1963 über 28 Prozent 1973 auf den Spitzenwert von 49 Prozent im Jahr 1982. Allerdings fiel der Wert in den 1980er Jahren wieder auf rund 40 Prozent. Bemerkenswert ist auch die Zahl der Studierenden, die

in einer Wohngemeinschaft (WG) leben. Seit der ersten Erfassung dieser Kategorie 1973 wohnten um die 20 Prozent der Studierenden in dieser Form. Der Anteil der Studierendenheimbewohner bewegte sich seit den 1970er Jahren um die fünf Prozent. Damit waren in Hamburg die Wohnformen „eigene Wohnung“ und „Wohngemeinschaft“ deutlich stärker, die Wohnformen „Untermiete“ und „Wohnheim“ deutlich geringer ausgeprägt als im Bundesdurchschnitt. Der hier skizzierte Prozess setzte sich mit kleinen Schwankungen in den Jahrzehnten nach 1990 weiter fort. Der Anteil der Elternwohner ging auf 20 Prozent zurück, ebenso rückläufig war der Anteil der Untermieter, der derzeit mit etwa ein Prozent faktisch keine Rolle mehr spielt. Der Anteil der Studierenden mit einer eigenen Wohnung ging zeitweise noch auf fast 54 Prozent hoch, fiel dann aber wieder auf 40 Prozent. Deutlich zugenommen hat die Wohnform „Wohngemeinschaft“, die inzwischen etwa 30 Prozent erreicht hat. Der Anteil der Wohnheimbewohner stieg langsam auf knapp neun Prozent. Geschlechtsspezifisch sind in Relation zu ihrer jeweiligen Gesamtzahl Männer häufiger unter den Elternwohnern und Frauen häufiger unter den Studierenden mit eigener Wohnung zu finden. Die Korrelation zwischen Alter der Studierenden und bevorzugte Wohnform hat sich verfestigt. Während unter jüngeren Studierenden der Anteil der Elternwohner merklich höher ist, gewinnt mit zunehmenden Alter der Studierenden das Wohnen in einer Wohngemeinschaft und dann in einer eigenen Wohnung deutlich an Bedeutung.

Abbildung 6: Wohnform



Bei der Betrachtung der grundlegenden Entwicklungszüge in der sozialen Herkunft der Studierenden der Universität in den vergangenen hundert Jahren stellt sich die Frage, ob die Universität dem Anspruch ihrer Gründungsväter, eine demokratische Reformuniversität für möglichst alle Schichten des Volkes zu realisieren, auch tatsächlich nachgekommen ist oder ob nicht doch im Kern die traditionellen Sozialstrukturen der Studierendenschaft perpetuiert wurden. Hierzu wurden entscheidende Faktoren, die die soziale Herkunft definieren, wie höchster Schulabschluss und höchster

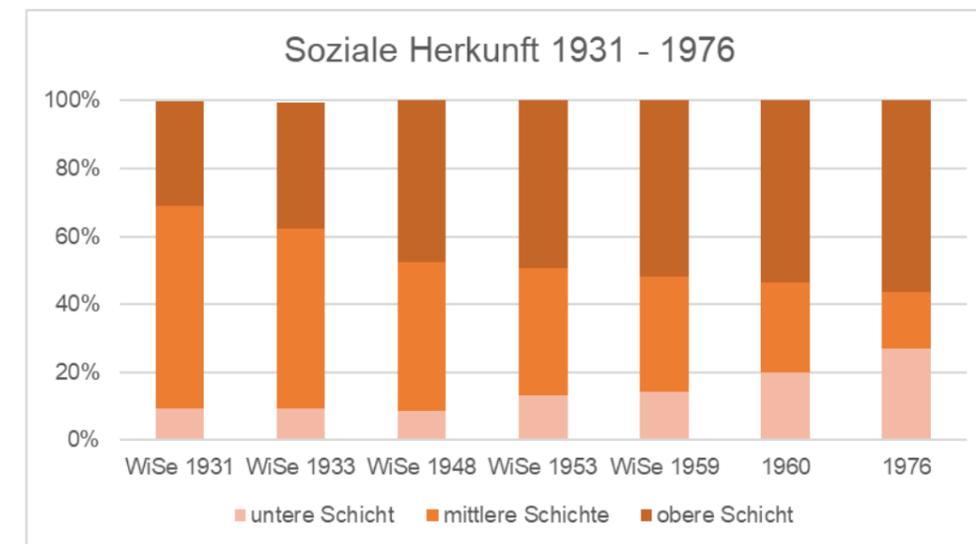
Berufsausbildungsabschluss der Eltern, Beruf und Beschäftigungsstand der Eltern sowie soziale Schichtungsmodelle näher untersucht.

Zu Beginn der Weimarer Zeit entsprach die Sozialstruktur der Hamburger Studierenden weitgehend dem traditionellen Bild aus der späten Kaiserzeit vor Beginn des Ersten Weltkriegs. In einem Drei-Schichten-Modell gehörten etwa 30 Prozent der Studierenden einer oberen, stark akademisch geprägten Schicht, nur etwa zwei bis drei Prozent einer aus Arbeitern, unteren Beamten und einfachen Angestellten gebildeten unteren Schicht und knapp 70 Prozent einer großen mittleren Schicht an. Mitte der 1920er Jahre und vor allem mit der Integration der Volksschullehrerausbildung 1927 setzten zwei gegenläufige Entwicklungsprozesse ein, die deutlich stärker als im Reichsdurchschnitt ausgeprägt waren: Zum einen nahm der Anteil der Studierenden aus der oberen Schicht stark zu und erreichte 1932 einen Wert von über 37 Prozent, also ein Indikator für eine wachsende elitäre Prägung. Zum anderen wuchs der Anteil der Studierenden aus der unteren Schicht auf einen Spitzenwert von fast 14 Prozent 1930, ein Zeichen für eine soziale Öffnung, die aber zum Teil wieder rückgängig gemacht wurde, als der Anteil in der Weltwirtschaftskrise wieder auf unter zehn Prozent fiel. Insgesamt fand eine deutliche Spreizung der Sozialstruktur statt, wobei das Wachstum der oberen und der unteren Schicht klar zu Lasten der mittleren Schicht ging, deren Anteil auf rund 53 Prozent fiel. Weibliche Studierende gehörten in einem signifikant größeren Ausmaß der oberen Schicht an.

Die wenigen verfügbaren Daten aus der Zeit des „Dritten Reiches“ signalisieren, dass der Spreizungsprozess der späten Weimarer Zeit sich fortsetzte, wobei der Anteil der unteren Schicht sogar leicht zurückging, so dass von einer ideologisch reklamierten weiteren sozialen Öffnung nicht gesprochen werden kann.

Unmittelbar nach dem Ende der NS-Diktatur und in den 1950er Jahren stieg der Anteil der Eltern bzw. Väter mit akademischer Ausbildung und Zugehörigkeit zu der oberen Schicht im Drei-Schichten-Modell weiter an. Bereits im WS 1948/49 betrug der Anteil der oberen Schicht 47,5 Prozent, war also um zehn Prozentpunkte höher als Anfang der 1930er Jahre. Der Anteil stieg in den 1950er Jahren kontinuierlich weiter an und betrug fast 52 Prozent im WS 1959/60. Demgegenüber wuchs der Anteil der unteren Schicht sehr viel langsamer. Im WS 1948/49 lag er mit 8,6 Prozent noch unter dem Wert von Anfang der 1930er Jahre, bis zum WS 1959/60 war er auf 14,2 Prozent angestiegen. Beide Entwicklungen gingen wiederum zu Lasten der Studierenden aus der mittleren Schicht, deren Anteil von 53 Prozent Anfang der 1930er Jahre über fast 44 Prozent im WS 1948/49 auf 34 Prozent im WS 1959/60 fiel. Weiterhin bestanden sowohl die gleichen geschlechtsspezifischen Unterschiede als auch die auffällig hohe Reproduktionsrate bestimmter Berufe wie Gymnasiallehrer, Arzt, Apotheker und Jurist. Es fand also in dieser Zeit eine weitere Verfestigung der traditionellen elitären Sozialstrukturen in der Hamburger Studierendenschaft statt. Eine gleichzeitige soziale Öffnung verlief sehr viel langsamer und begrenzter.

Abbildung 7: Soziale Herkunft 1931 - 1976

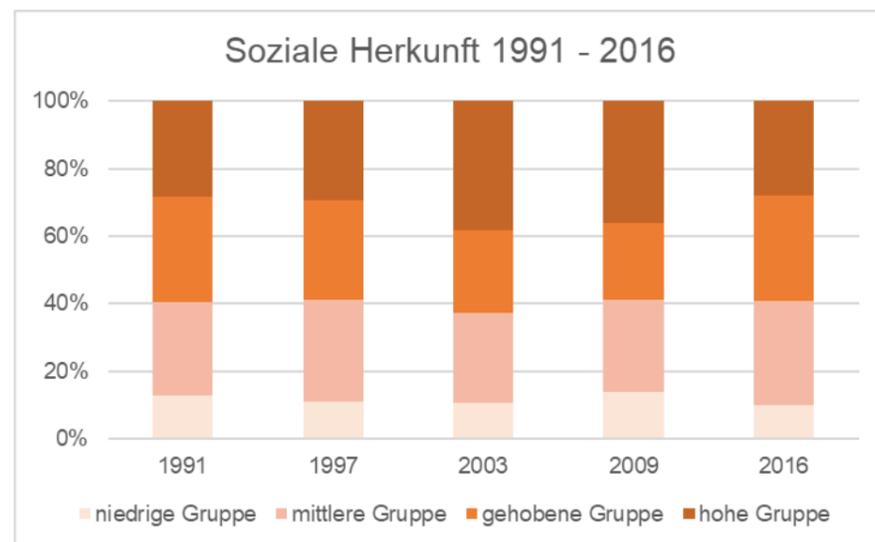


Für die drei Jahrzehnte zwischen 1960 und 1990 stehen sehr viel weniger Daten zur Verfügung. Aus ihnen lassen sich gleichwohl deutliche Tendenzen in der Entwicklung der Sozialstruktur erkennen: Die Zugehörigkeit der Studierenden zu einer oberen Schicht nahm weiter zu, ihr Anteil betrug 1976 bereits 56,5 Prozent, 1991 waren es nunmehr in einem Vier-Schichten-Modell bereits über 59 Prozent. Die Dominanz der Rekrutierung aus bestimmten Berufsgruppen blieb unverändert. Ebenso nahm auch der Anteil der Studierenden aus akademisch gebildeten Familien zu, er betrug 1976 bereits fast 47 Prozent. Ebenso wuchs auch der Anteil der Studierenden aus der unteren Schicht und erreichte 1976 bereits 27 Prozent, fiel dann aber wieder auf 13 Prozent und stagnierte auf dieser Höhe. Dieser Rückgang ist allerdings lediglich ein statistisch begründeter, da in dem Vier-Schichten-Modell eine neue Zuordnung der Berufe stattgefunden hat. Nahezu unverändert blieb auch die Erscheinung, dass weibliche Studierende um rund zehn Prozentpunkte häufiger der oberen Schicht und etwa um fünf bis sieben Prozentpunkte weniger der unteren Schicht angehören als die Männer. Diese für Hamburg typischen Entwicklungsrichtungen der Sozialstruktur in den drei Jahrzehnten waren im Vergleich zum bundesdeutschen Durchschnitt wesentlich prägnanter ausgebildet. Die obere Schicht war um drei bis fünf Prozentpunkte über, die untere Schicht mit ebenfalls drei bis fünf Prozentpunkten unter dem Durchschnitt vertreten.

In den dreißig Jahren der letzten hier betrachteten Periode seit 1990 setzten sich die bereits beschriebenen Entwicklungsprozesse zunächst fort. Der Anteil der Elternhäuser mit dem höchsten Schulabschluss Abitur stieg weiterhin an und erreichte 2016 den höchsten bisher gemessenen Wert von 72 Prozent und lag damit rund sechs Prozentpunkte über dem bundesdeutschen Durchschnitt. Analoges gilt für den höchsten Berufsausbildungsabschluss. Hier hatten 2016 bereits 58 Prozent aller Studierenden in Hamburg wenigstens ein Elternteil mit einem Hochschulabschluss, dies waren ebenfalls sechs Prozentpunkte mehr als im Durchschnitt. Hinsichtlich der Zugehörigkeit zu einer sozialen Schicht lässt sich die Entwicklung nicht mehr eindeu-

tig bestimmen und quantifizieren. Der Grund hierfür liegt darin, dass das ursprüngliche Drei-Schichten-Modell bereits 1982 durch ein Vier-Schichten-Modell der sozialen Herkunftgruppen abgelöst wurde, in dem die Zuordnung der Berufe erheblich verändert wurde. Dieses Modell wiederum wurde in der Sozialerhebung 2012 auf Bundesebene und 2013 in Hamburg erneut verändert, indem jetzt als Hauptkriterien der Zuordnung zu einer sozialen Herkunftgruppe verschiedene Aspekte der Bildungsherkunft gewählt wurden. Die Werte können deshalb nicht mehr miteinander verglichen werden. Sie zeigen aber, dass die Studierenden der Hamburger Hochschulen und insbesondere die der Universität Hamburg weiterhin um vier Prozentpunkte in einem deutlich höheren Umfang den beiden höheren Gruppen, insbesondere aber der obersten Gruppe angehören, und in einem deutlich geringeren Umfang, um acht Prozentpunkte, der mittleren Gruppe und im etwa gleichen Umfang der niedrigen Herkunftgruppe angehören. Damit hat in den vergangenen dreißig Jahren keine bzw. eine nur sehr geringe weitere soziale Öffnung in der Studierendenschaft stattgefunden.

Abbildung 8: Soziale Herkunft 1991 - 2016



Hinweis: Die Neudefinition der sozialen Herkunft in den Sozialerhebungen ab 1982 führt dazu, dass Teile der vormals „unteren Schicht“ fortan der „mittleren Gruppe“ zugeordnet werden und dass die vormals „obere Schicht“ in eine „hohe Gruppe“ und eine „gehobene Gruppe“ aufgespalten wurde.

Als die Hamburger Universität 1919 ihren Lehrbetrieb aufnahm, ging das Hochschulsystem in Deutschland noch von dem traditionellen Grundprinzip aus, dass die vollen Kosten des Studiums einschließlich der Kosten für den Lebensunterhalt selbstverständlich von den Eltern getragen werden. In den Genuss der vom Staat und verschiedenen gesellschaftlichen Organisationen bereitgestellten Stipendien oder Gebührenerlasse kam nur ein Bruchteil der Studierenden. Dieses Grundprinzip wurde erst mit der Einführung des Honnefer Modells 1957 bzw. des BAföG 1971 angetastet, wenngleich die primäre Verantwortung für die Studienfinanzierung weiterhin bei

den Eltern bzw. bei den Studierenden selber verblieb. In Anbetracht dieses Prinzips war die finanzielle Situation bis auf wenige Ausnahmen für alle Studierenden in dem hier betrachteten Zeitraum von hundert Jahren durch eine grundlegende Prekarität gekennzeichnet. Es stellt sich also die Frage, wie es den Studierenden angesichts der jeweils herrschenden realen wirtschaftlichen Situation und Herausforderungen in diesen hundert Jahren gelang, ihr Studium zu finanzieren, oder anders ausgedrückt, wie groß das jeweilige Ausmaß der Prekarität war. Allerdings stehen für die Beantwortung erforderliche fundierte statistische Daten zur Finanzierung des Studiums erst für die Zeit nach dem „Dritten Reich“ zur Verfügung, für den Zeitraum davor kann die Situation nur indirekt erschlossen werden.

Die wirtschaftliche Lage zur Zeit der Weimarer Republik war sehr schwierig, in den ersten Jahren nach dem Ersten Weltkrieg sogar katastrophal. Viele Eltern aus der oberen Schicht, aus der die meisten Studierenden stammten, hatten ihr Vermögen während der Inflation ganz oder erheblich eingebüßt, während der Weltwirtschaftskrise wurden viele Väter zudem arbeitslos, sodass die Eltern das Studium ihrer Kinder nur unter größten Schwierigkeiten und häufig auch nur teilweise finanzieren konnten. Auf der anderen Seite war das Studium mit hohen Kosten verbunden, und hinsichtlich der Lebenshaltungskosten galt Hamburg als einer der teuersten Studienorte im Reich.

Die Kinder mussten entweder auf die Aufnahme eines Studiums verzichten oder aber – soweit es überhaupt möglich war – das Studium durch eigene Erwerbstätigkeit, ideologisch als „Werkstudententum“ verbrämt, zumindest teilweise selbst finanzieren. In der ersten Hälfte der 1920er Jahre waren deutlich über die Hälfte aller Studierenden neben dem Studium erwerbstätig, rund 10 Prozent sogar ständig, danach ging der Anteil leicht zurück auf Werte zwischen 25 und 35 Prozent. In Hamburg war das Ausmaß der Erwerbstätigkeit stets signifikant größer als im Reichsdurchschnitt. Trotz dieser Eigenhilfe war ein Leben am oder sogar unter dem Existenzminimum die Regel.

Für die Zeit des „Dritten Reiches“ gibt es in den statistischen Veröffentlichungen so gut wie keine Hinweise auf die finanzielle Situation der Studierenden in Hamburg. Es liegt die Vermutung nahe, dass sie im Wesentlichen unverändert schwierig blieb, bestenfalls sich analog zur allgemeinen wirtschaftlichen Lage entwickelte. Auch waren vermutlich die Möglichkeiten zu einer eigenen Erwerbstätigkeit schon allein zeitlich auf Grund der zahlreichen verpflichtenden Aktivitäten neben dem Studium relativ beschränkt. Erst während des Krieges veränderte sich die Situation zumindest für die männlichen Studierenden. Zum Studium beurlaubte Soldaten oder Kriegsversehrte erhielten einen monatlichen Studienzuschuss oder sogar eine reguläre Besoldung wie die zum Medizinstudium abkommandierten Soldaten.

Nach der NS-Diktatur war die Situation der Studierenden in vielerlei Hinsicht noch kritischer als 1919. Insbesondere die immensen Zerstörungen, die äußerst schwierige Ernährungssituation, die großen Flüchtlingsströme, die katastrophale Wohnungs-lage machten ein geordnetes Studium nahezu unmöglich. Die Finanzierung aus privaten Mitteln blieb bei 80 bis 90 Prozent weiterhin die dominierende Finanzierungsart. Unter diesen privaten Mitteln wiederum war die Finanzierung überwiegend durch

die Eltern bei fast 60 Prozent der Studierenden ausschlaggebend. Hinzu kam die Unterstützung durch Verwandte und durch Ehepartner sowie bis zur Währungsreform 1949 durch Ersparnisse. Die zweitwichtigste private Finanzierungsquelle jedoch war die eigene Erwerbstätigkeit. Fast zwei Drittel aller Studierenden arbeiteten neben dem Studium, für über 30 Prozent war die Erwerbstätigkeit sogar die überwiegende Finanzierungsquelle. Erst mit der Einführung des Honnefer Modells ging die Relevanz der Erwerbstätigkeit deutlich zurück. Für einen Teil der Studierenden, schwankend zwischen 13 und 16 Prozent, war die Finanzierung aus öffentlichen Mitteln von großer Bedeutung. Bei diesen Studierenden handelte es sich im Wesentlichen um Flüchtlinge und Heimatvertriebene, Kriegsversehrte und Kriegswaisen sowie Spätheimkehrer. Sie erhielten zwar öffentliche Mittel in Form von Stipendien, Ausbildungsbeihilfen oder Renten, waren aber dennoch auch auf eigene Erwerbstätigkeit angewiesen, da die Eltern als Finanzierungsquelle weitgehend ausgefallen waren und die öffentlichen Mittel nur einen Teil der Lebenshaltungs- und Studienkosten abdeckten. Mittel nach dem Honnefer Modell, das eine Mischung aus Stipendium und später zurückzahlendem Darlehen darstellte, erhielten Ende der 1950er Jahre weniger als 20 Prozent der Studierenden, überwiegend aus Arbeiterfamilien. Korrespondierend zum sozialen Status wurden weibliche Studierende erheblich häufiger, um 15 bis 18 Prozentpunkte, von den Eltern finanziert und übten nahezu entsprechend weniger eine eigene Erwerbstätigkeit aus als männliche Studierende.

Die dominante Bedeutung der Studienfinanzierung aus privaten Mitteln, gespeist vor allem durch die Eltern und eigene Erwerbstätigkeit, setzte sich in den nächsten Jahrzehnten nach 1960 nahezu ungebrochen fort, auch wenn es zu kleinen Rückgängen in den Anteilen kam. So verringerte sich in den 1960er Jahren die Bedeutung der privaten Mittel als dominierende Finanzierungsquelle auf Werte unter 75 Prozent, und die überwiegende Finanzierung durch die Eltern auf knapp über 50 Prozent. Zweitwichtigste private überwiegende Finanzierungsquelle blieb die eigene Erwerbstätigkeit, aber auch diese reduzierte sich mit wachsender Bedeutung des Honnefer Modells auf Werte bis etwa 13 Prozent. Unter den privaten Mitteln stiegen die Anteile der Finanzierung durch den Ehepartner und durch eigene Ersparnisse und Vermögen auf zusammen fast zehn Prozent. Während sich bei den öffentlichen Mitteln als Finanzierungsquelle das Ausmaß der verschiedenen Rentenarten drastisch reduzierte und auf etwa zwei Prozent zurückging, stieg die Bedeutung der Finanzierung durch das Honnefer Modell und dann ab WS 1971/72 durch das BAföG stark an. Ende der 1960er Jahre betrug der Anteil des Honnefer Modells etwa 19 Prozent, mit der Einführung des BAföG sprang der Anteil auf über 24 Prozent.

Für die Entwicklung in den 1970er und 1980er Jahren stehen für die Hamburger Studierenden nur die Daten aus drei Sozialerhebungen zur Verfügung, die aber ein anderes Erhebungskriterium als vorher die amtliche Statistik verwendeten und dieses Kriterium dann noch veränderten, was einen direkten Vergleich mit früheren Zahlen erheblich erschwert. 1976 waren die Eltern bei 56 Prozent aller Studierenden als wichtigste oder zweitwichtigste Finanzierungsquelle beteiligt, die eigene Erwerbstätigkeit stand bei fast 40 Prozent der Studierenden an erster oder zweiter Stelle, öffentliche Mittel waren bei 32 Prozent an erster oder zweiter Stelle beteiligt. Bei den

beiden anderen Sozialerhebungen 1985 und 1991 wurde nicht nach der vorwiegenden Finanzierungsquelle, sondern nur generell nach der Beteiligung gefragt. Zudem wurde nur eine Teilmenge der Studierenden, nämlich die sogenannten „Normalstudenten“, die nicht bei den Eltern wohnten, ledig waren und sich im Erststudium befanden, in die Befragung einbezogen. Diese Gruppe umfasste etwa 60 Prozent aller Studierenden, die anderen Studierenden wie beispielsweise die Elternwohner wurden nicht berücksichtigt. Bei der so definierten Studierendengruppe waren die Eltern 1985 bei 73 Prozent an der Finanzierung beteiligt, ihr Anteil ging 1991 auf 67 Prozent zurück, die eigene Erwerbstätigkeit lag bei 64 Prozent und stieg auf 76 Prozent, öffentliche Mittel waren bei 31 Prozent beteiligt und stiegen, bedingt durch eine Reform des BAföG, auf 39 Prozent. Mehrere Grunderscheinungen früherer Jahrzehnte verfestigten sich: Die Hamburger Studierenden verfügten über deutlich mehr Geld und waren wesentlich häufiger erwerbstätig als die Studierenden im Bundesdurchschnitt, männlichen Studierenden stand deutlich mehr Geld als ihren Kommilitoninnen zur Verfügung, Studentinnen wurden stärker durch ihre Eltern unterstützt und erhielten auch höhere BAföG-Mittel als ihre Kommilitonen, sie verdienten allerdings auch weniger durch eigene Erwerbstätigkeit. Auch die grundlegenden Zusammenhänge zwischen Finanzierungsquellen und sozialer Herkunft haben sich nicht verändert. Die überwiegende Finanzierung durch die Eltern war besonders stark bei den Studierenden der hohen sozialen Herkunftsgruppe verbreitet, die Finanzierung durch öffentliche Mittel besonders stark bei der niedrigen sozialen Herkunftsgruppe und die Finanzierung durch eigene Erwerbstätigkeit bei der gehobenen sozialen Gruppe. Die Lage der Studierenden aus dieser sozialen Gruppe war insofern schwierig, als sie auf Grund der Bemessungsgrenzen beim Einkommen der Eltern nicht mehr in den Genuss einer BAföG-Förderung kamen, ihre Eltern aber häufig auch nicht in der Lage waren, größere finanzielle Beiträge zu leisten.

Die hier skizzierten Entwicklungen verfestigten sich weiter in den drei Jahrzehnten seit Anfang der 1990er Jahre. Die Bedeutung sowohl der Eltern als auch der eigenen Erwerbstätigkeit als Finanzierungsquelle des Studiums nahm weiterhin zu, die der öffentlichen Mittel, insbesondere des BAföG, nahm ab. Derzeit beteiligen sich Eltern bei deutlich über 80 Prozent der Studierenden an der Finanzierung, die eigene Erwerbstätigkeit spielt bei drei Vierteln aller Studierenden eine große Rolle, BAföG nur noch bei etwa 20 Prozent. Konstruiert man einen statistischen Durchschnittsstudierenden, so werden knapp unter 50 Prozent seines monatlich zur Verfügung stehenden Geldes von den Eltern beigesteuert, etwa ein Drittel durch eigene Erwerbstätigkeit erwirtschaftet, und knapp zehn Prozent entfallen auf BAföG. Die restlichen zehn Prozent stammen aus sonstigen Finanzierungsquellen wie eigene Ersparnisse, Ehepartner und Stipendien. Alle bereits aufgeführten Unterschiede der Hamburger Studierenden zum Bundesdurchschnitt, alle geschlechtsspezifischen Besonderheiten und alle Zusammenhänge mit der sozialen Herkunft sind weiterhin gültig, auch wenn insbesondere im letzten Jahrzehnt in allen Bereichen Angleichungsprozesse stattfinden und die Differenzen dadurch geringer werden.

Zur eigenen Erwerbstätigkeit ist festzuhalten, dass über 90 Jahre, bis in die 2010er Jahre hinein, der wichtigste Grund hierfür die Notwendigkeit zur Bestreitung des Le-

bensunterhalts gewesen ist. Erst 2016 wurde zum ersten Mal das Bestreben, sich etwas mehr leisten zu können, als wichtigster Grund von den Hamburger Studierenden genannt.

Bereitet schon die statistische Erfassung der Finanzierungsquellen der Studierenden erhebliche Probleme, ist die Erfassung der Ausgabenseite, bestehend aus den regelmäßig anfallenden Lebenshaltungskosten, einmaligen Ausgaben z.B. für größere Anschaffungen und Reisen sowie den eigentlichen Studienkosten, mit derart komplexen Problemen behaftet, dass die amtliche Statistik weitgehend darauf verzichtet hat und lediglich in den Sozialerhebungen Daten erhoben wurden, deren Interpretation aber erheblichen methodischen Einschränkungen unterliegt. Die tatsächlichen Ausgaben der Studierenden variieren sehr stark, je nachdem ob sie zur Untermiete oder in eigener Wohnung wohnen oder bei den Eltern leben und dort versorgt werden, ob sie ein Auto unterhalten oder öffentliche Verkehrsmittel benutzen, ob die Krankenkasse und die Miete von den Eltern oder von ihnen selbst bezahlt wird. Dennoch lassen sich mehrere zentrale Ergebnisse, die für alle hier betrachteten Perioden innerhalb der hundert Jahre nahezu unverändert gelten, festhalten:

Hinsichtlich der Lebenshaltungskosten war Hamburg immer ein extrem teurer Studienort und nahm im Vergleich innerhalb Deutschlands immer einen der vorderen Plätze ein. Dieser Nachteil wurde kompensiert durch deutlich bessere Möglichkeiten zur eigenen Erwerbstätigkeit.

Den größten Block auf der Ausgabenseite bildete immer die Miete mit einem Anteil von 30 bis 40 Prozent an den Ausgaben. Diesen Kosten konnte man nur entgehen, wenn man weiterhin bei den Eltern wohnen blieb. Dies erklärt auch den in Hamburg vergleichsweise hohen Anteil an Elternwohnern.

Die Kosten für Ernährung stellen die zweitgrößte Ausgabengruppe dar. Sie belaufen sich auf gut 20 Prozent. Die Ernährung bildet zugleich diejenige Kategorie, an der Studierende in der Vergangenheit am ehesten gespart haben, wenn das monatliche Geld nicht ausreichte.

An dritter Stelle standen regelmäßig die Mobilitätskosten, die aber unter den Studierenden besonders extrem variierten. Erst mit der Einführung des Semestertickets wurden diese Kosten deutlich von fast 20 auf etwa zehn Prozent reduziert. Die restlichen 30 bis 40 Prozent der monatlichen Ausgaben verteilen sich auf Bereiche wie Sport, Freizeit und Kultur.

Einmalige Kosten etwa für Reisen, größere Anschaffungen wie Computer und Möbel, studentische Exkursionen wurden in den Sozialerhebungen nur ansatzweise erfragt, konnten aber durchaus pro Jahr bis zu 2.000 DM ausmachen.

Die pro Semester anfallenden eigentlichen Studienkosten, also einmalige Gebühren für Immatrikulation und Exmatrikulation, Semesterbeitrag u.a. für Krankenkasse, AStA und Studentenwerk, dann allgemeine Studiengebühren, Kollegelder für die Teilnahme an Lehrveranstaltungen, Gebühren für Materialverbrauch in bestimmten Studienfächern, Bibliotheksgebühren, Prüfungsgebühren, Kosten für Bücher und Instrumente waren in den 1920er und 1930er Jahren extrem hoch und betragen in der Summe 150 bis 250 Reichsmark, was etwa den Lebenshaltungskosten von ein bis

zwei Monaten entsprach. Diese Relation zwischen Studienkosten und Lebenshaltungskosten galt bis weit in die 1960er Jahre hinein und verbesserte sich erst mit dem Wegfall der allgemeinen Studiengebühren und der Kollegelder. Die Erhebung von Langzeitstudiengebühren bzw. allgemeinen Studiengebühren im Zeitraum 2004 bis 2012 hat die Studienkosten wieder gravierend erhöht.

Es bestanden geschlechtsspezifische Unterschiede in den Ausgaben. Frauen gaben vor allem im Bereich der Mobilität immer weniger Geld aus als die männlichen Studierenden.

Im Vergleich zum Durchschnitt der Studierenden in Deutschland hatten die Hamburger Studierenden durchgängig höhere Ausgaben. Ebenso wurde ihre finanzielle Situation von den Hamburger Studierenden immer signifikant schlechter bewertet.

Die Frage nach der Auskömmlichkeit der zur Verfügung stehenden Mittel wurde in den 1980er Jahren noch von zwei Dritteln der Studierenden bejaht. Dieser Anteil fiel in den 1990er Jahren auf einen Wert knapp über 50 Prozent und stieg danach wieder auf deutlich über 60 Prozent an. Dies weist zwar auf eine Verbesserung der finanziellen Situation in den letzten Jahren hin, bedeutet aber gleichzeitig, dass immer noch mindestens ein Drittel der Hamburger Studierenden trotz hoher eigener Erwerbstätigkeit mit dem Geld nicht auskommt, sich in einer sehr prekären Situation befindet und starke Abstriche an der Lebensqualität machen muss. Damit stehen die heutigen Studierenden zwar deutlich besser da als ihre Kommilitonen in der ersten Hälfte der hier betrachteten hundert Jahre, aber sie stehen durchaus in einer hundertjährigen Kontinuität der Prekarität und der vielfältigen Versuche, durch Steigerung der Erwerbstätigkeit die eigene wirtschaftliche Lage zu verbessern.

Die zentralen Ergebnisse der hundertjährigen Entwicklung wichtiger demographischer, sozialer und ökonomischer Aspekte zeigen für die Studierenden der Hamburger Universität bzw. aller Hamburger staatlichen Hochschulen im jeweiligen Vergleich zur deutschen Ebene, dass die Studierenden in vielen Bereichen und zu nahezu allen Zeitpunkten von dem nationalen Durchschnitt deutlich abweichen: Sie sind älter, häufiger weiblich, häufiger verheiratet, haben mehr Kinder, verfügen häufiger über eine abgeschlossene Berufsausbildung, fangen später mit dem Studium an, sind in einem größeren Umfang gesundheitlich beeinträchtigt, wohnen weniger bei den Eltern und zur Untermiete, dafür aber häufiger in einer eigenen Wohnung oder in einer Wohngemeinschaft, stammen häufiger aus einer oberen und im geringeren Umfang aus einer unteren sozialen Schicht, die eigene Erwerbstätigkeit ist stärker ausgeprägt, angesichts der extrem hohen Lebenshaltungskosten in Hamburg wird die finanzielle Situation schlechter bewertet.

Literaturhinweise

Bauer, Helga: Die studentische Selbstverwaltung und die studentischen Gruppierungen an der Universität Hamburg 1919-1933. Organisation und Entwicklung unter Berücksichtigung des Einflusses der wirtschaftlich-sozialen Verhältnisse der Freien und Hansestadt Hamburg. Diplomarbeit Universität Hamburg 1971.

Figge, Peter: Veränderungen in den Lebenslagen von Studierenden: Zur Situation studentischer Erwerbstätigkeit an der Universität Hamburg. In: Universität im Gespräch: „Kaum Zeit zu studieren?“ Studentische Erwerbstätigkeit und Studienreform, Bericht zu einer Tagung der Universität Hamburg am 30. Oktober 1998 über die Auswirkungen veränderter Lebenslagen von Studierenden auf das Studium und die Universität. Hrsg. von Peter Figge. Hamburg 1999, S. 3-14.

Giles, Geoffrey J.: Students and National Socialism in Germany. Princeton 1985.

Grüttner, Michael: „Ein stetes Sorgenkind für Partei und Staat“. Die Studentenschaft 1930 bis 1945. In: Hochschulalltag im „Dritten Reich“. Die Hamburger Universität 1933-1945. Hrsg. von Eckart Krause/Ludwig Huber/Holger Fischer. 3 Teile (Hamburger Beiträge zur Wissenschaftsgeschichte, Band 3). Berlin/Hamburg 1991, Teil I, S. 201-236.

Grüttner, Michael: Studenten im Dritten Reich. Paderborn 1995.

Harmsen, Hans: Gegenwartsnöte unserer studierenden Jugend. Ergebnis sozialhygienischer Untersuchungen. In: Ärztliche Wochenschrift 8 (1953), Heft 20, S. 488-492.

Holsten, Nina: Studentinnen an der Hamburgischen Universität zwischen 1919 und 1933. Staatsexamensarbeit Universität Hamburg 1993.

Jarausch, Konrad H.: Deutsche Studenten 1800-1970 (edition suhrkamp, N.F. Band 258). Frankfurt a.M. 1984.

Krönig, Waldemar/Müller, Klaus-Dieter: Nachkriegssemester. Studium in Kriegs- und Nachkriegszeit. Stuttgart 1990.

Krukowska, Uta: Die Studierenden an der Universität Hamburg in den Jahren 1945-1950. Phil.-Diss. Universität Hamburg 1993.

Mehrmann, Nina Katrin: Studentinnen an der Hamburger Universität in den fünfziger Jahren. Studienbedingungen und Studierverhalten unter Einbeziehung von Interviews. Magisterarbeit Universität Hamburg 2000.

Mens, Fenja Britt: Zur „Not der geistigen Arbeiter“: Die soziale und wirtschaftliche Lage von Studierenden der Weimarer Republik am Beispiel Hamburgs (GDS-Archiv für Hochschul- und Studentengeschichte, Beiheft 12). Köln 2001.

Middendorff, Elke: Die Sozialerhebungen des Deutschen Studentenwerks 1951-2016. Ein historischer Überblick über Akteure, Methoden, Themen und projektbezogene Publikationen der Untersuchungsreihe (Working Paper Juni 2019). Hannover 2019, abrufbar unter: https://www.dzhw.eu/pdf/pub_wp/2019_06_24_wp_middendorff.pdf. Alle bisher zwischen 1951 und 2016 erschienenen 21 Sozialerhebungen und dazugehörige weitere Materialien wie Grundauszahlungen und regionalbezogene Sonderauswertungen sind abrufbar unter: <https://www.sozialerhebung.de/archiv>.

Oberbeck, Gerhard/Wolfram-Seifert, Ursula: Studenten in Hamburg. Erste Ergebnisse einer geographischen Untersuchung. In: uni hh 11 (1980), Nr. 1, S. 1-5; uni hh 11 (1980), Nr. 2, S.

6-10; uni hh 11 (1980), Nr. 3, S. 3-10; uni hh 11 (1980), Nr. 4, S. 5-10; uni hh 11 (1980), Nr. 6/7, S. 9-14; uni hh 12 (1981), Nr. 1, S. 17-20; uni hh 13/14 (1982/1983), Nr. 5/1, S. 14-16.

Schopka-Brasch, Lilja: „Ich wollte keine Hausfrau sein, ich wollte Ärztin sein!“ Studentinnen in Hamburg und Oslo zwischen den Weltkriegen (Hamburger Beiträge zur Wissenschaftsgeschichte, Band 20). Berlin/Hamburg 2012.

Zimmermann, Gunnar B.: Zwischen großdeutscher Sendung und basisdemokratischen Abwehrkampf. Ansätze zu einer Studierendengeschichte der Hamburger Universität von der Gründung 1919 bis 1994. In: 100 Jahre Universität Hamburg. Studien zur Hamburger Universitäts- und Wissenschaftsgeschichte in vier Bänden. Hrsg. v. Rainer Nicolaysen/Eckart Krause/Gunnar B. Zimmermann. Bd. 1: Allgemeine Aspekte und Entwicklungen. Göttingen 2020, S. 252-306.

Impressum

Herausgeber:

Studierendenwerk Hamburg
Von-Melle-Park 2, 20146 Hamburg
Telefon 040 - 41 902 - 0

Autor:

Prof. Dr. Holger Fischer

Ihre Ansprechpartnerin:

Martina Nag,
Leiterin Marketing und Kommunikation,
Pressesprecherin
Telefon 040 - 41 902 - 233
presse@stwhh.de

Layout:

Studierendenwerk Hamburg

Bilder:

Studierendenwerk Hamburg
© Kay Herschelmann, Fotograf
privat

(Titel- und Rückseite)
(Seite 2)
(Seite 4)



10  Jahre

STUDIENDENWERK
HAMBURG

Dein Anker seit 1922 -
Support für Studierende

Von-Melle-Park 2 · 20146 Hamburg · Telefon: 040 - 41 902 - 0
E-Mail: info@stwhh.de · www.stwhh.de